

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

14 (17.1.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbte Milleterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig, die Restante-Milleterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtabholung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Dretzung und bei Kontura außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in der Rubrik L. 2. o. Schlus der Anzeigen-Annahme 4 Uhr vormittags.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Feimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauentragen — Frauenclub

Bezugspreis monatl. 2.50 M. o. Ober-Jahreszeitung 2.20 M. o. Durch die Post 2.00 M. Einzelpreis 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. o. Erschien 6 mal wöchentlich sonntags 11 Uhr o. Postfachpost 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2., Waldstraße 28 o. Jerrass 7020 und 7021 o. Volkstreu-Verlag: Durlach, Meyerstraße 22; Baden-Doben, Adlerstraße 6; Zellert, Rosenstraße 2; Offenburg, Grabenstraße 81

Nummer 14

Karlsruhe, Freitag, den 17. Januar 1930

50. Jahrgang

Kommunistische Blutschuld

Der Zusammenstoß in Chemnitz

Zu den blutigen Vorgängen in Hartmannsdorfer-Chemnitz schreibt uns der SPD:

Der Zusammenstoß ist nach Aussagen von Augenzeugen auf das Konto der kommunistischen Führung zu setzen, die seit Tagen bestrebt war, die Arbeiterkraft des Hartmannsdorfer Bezirks zu verberken. In dem Hartmannsdorfer Textilbetrieb Recenia, der normal etwa 700 Arbeiter beschäftigt, steht die Arbeiterkraft seit einigen Wochen in einem milden Streik. Die Gewerkschaften haben verschieben versucht, die kommunistische Organisation davon abzuhalten, vor Ablauf der vertraglichen Kündigungsfrist den Betrieb zu verlassen. Nachdem die Kommunisten ihr Ziel jedoch endlich erreicht hatten, erhob die Firma Klage gegen die Gewerkschaft, als Vertreterin eines Teiles der Arbeiterkraft. Außerdem lagte sie gegen etwa 150 Arbeiter, die nicht organisiert sind. Ueber diese Klagen sollte am Dienstag verhandelt werden. Die Kommunisten organisierten als Antwort einen „Marsch auf Hartmannsdorf“ und ließen in ihrer Presse und durch Flugblätter in der wüsten Weise gegen die Sozialdemokratie, u. a. wurde offen zur Agitation aufgerufen. Inzwischen waren die Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht auf eine bestimmte Zeit vertagt worden. Trotzdem versammelten sich am Mittwoch nach dem kommunistischen Hebe auf dem Hartmannsdorfer Sportplatz etwa 2000 Demonstranten aus Hartmannsdorfer-Chemnitz, Limburg und den umliegenden Dörfern. Wiederum wurden die Demonstranten von kommunistischen Rednern gegen die Sozialdemokratie aufgereizt. Anstößigend marschieren man durch den Ort.

Die Ordnungspolizei war vernünftigerweise auf die vielen Beschränkungen aus den Reihen der Demonstranten nicht zu reagieren. Als die eigentliche Kundgebung beendet war, bildete sich ein Zug von etwa 400 Demonstranten, die an dem Gebäude der Recenia vorübermarschieren wollten. Es gelang dem Zug, den Betrieb, der in diesem Augenblick durch Schusspolizei gesichert worden war, zu erreichen. Hier kam es dann zu den blutigen Zusammenstößen. Als die Spitze des Zuges mit den kommunistischen Führern den Betrieb bereits passiert hatte, gerieten Demonstranten in Erregung, weil das folgende Ausmaß der Schusspolizei aller führenden Elemente, die bei Gewalttaten beteiligt waren, abgelehnt ist. Diese Abwehr ist eine Selbstverständlichkeit. Niemand versteht es, daß die Provokateure frei ausgehen, wenn ihre Opfer blutend auf dem Pflaster liegen. Schlechte Genehmigung des Republikanischen und Durchführung nach allen Seiten wird zweckdienliche Notwendigkeit.

Die ernsteste und wirksamste Abwehr jedoch ist weder durch Geleitz noch durch die Polizei möglich. Sie muß aus der Arbeiterkraft selbst kommen. Mit unwiderstehlicher Wucht muß sie sich empören gegen jene Taktik des Wahnsinns, die zur Freude aller Faschisten eine unabweisbar schwierige Situation für die Arbeiterkraft ausnutzt zu wirtschaftlichen Verbrechen. An der Reichsregierung ist es jedoch, durch schnelle Beilegung des rührenden Wirtschaftskrisens und der Vorwand für dieses Treiben wegzunehmen und durch Befestigung von Arbeit und Brot den Arbeitern zu demonstrieren, daß das Reich auf dem richtigen Wege ist und es wahnwitzig ist, ruffischen Parolen nachzugeben.

Schwere Blutschuld liegt auf den Führern der kommunistischen Partei, die Arbeiter in gewaltsame Zusammenstöße hineingetrieben haben. Auf ihr Haupt kommt das Blut, das in Worms und Hartmannsdorfer vergossen wurde. In Worms ein Toter, in Hartmannsdorfer vier Tote und viele Schwerverwundete. Wer sind die Opfer? Es sind Arbeiter, zumeist jugendliche Arbeiter, die ihr Leben lassen mußten. Die kommunistischen Führer haben es so gemacht, sie haben jugendliche Arbeiter in den Tod getrieben. Mitgefühl mit dem Menschlichen hat nie zu den Charaktereigenschaften dieser Führer gehört. Die Opfer von Worms und Hartmannsdorf sind für sie nicht ein Gegenstand des Mitleids, sie sind nur Steine in dem verbrecherischen Schachspiel, das sie spielen. Sie reißen sich die Hände: „Arbeitslos ist geflohen, wir brauchen das, also muß unser Weibchen sterben.“

Worms und Hartmannsdorf! Es ist eine Tragödie. Junge Arbeiter aus der Kriegsgeneration, die dem ungeheuren Druck der Arbeitslosigkeit nicht Stand halten konnten, verlassen der rabulischen Propaganda der Kommunisten und werden für die wahnwitzigen Zwecke dieser Partei mißbraucht. Die kommunistischen Führer, die sie in gewaltsame Zusammenstöße hineintreiben, brauchen die furchtbare Verantwortung. Was für den Sozialdemokraten das erste Problem des Tages ist, die Arbeitslosigkeit und vor allem der Druck der Arbeitslosigkeit auf die Jugendlichen, das ist für die kommunistische Führung nichts als ein günstiger Anlaß zu verbrecherischem Treiben.

Hartmannsdorf und Worms! Ginge es nach der kommunistischen Führung, so würde Berlin und Hamburg nachfolgen. Für Berlin sind die Kommunisten zum 1. Februar eine „Reisendemonstration“ und für Hamburg zum gleichen Tage einen „Sündermarsch“ an. Es ist überall das gleiche Bild. Erst die infame Blutschuld der kommunistischen Presse, dann der Parteibefehl gemäßigter Führer an die verführten Arbeiter und zum Schluß die Tragödie. Es ist ein wirkliches Gemisch von Hebe und Serwilismus, das die kommunistische Propaganda seit, Hebe gegen die Arbeiterbewegung, Serwilismus gegenüber den ruffischen Auftraggebern, denen heißt die Berliner Rote Fahne von neuen Barrikadenbauten in wirklich über alle geleitete Jugendliche den erdichteten Wahnsinn zu überlassen und damit die kommunistische Propaganda in Sowjetland dem betrogenen ruffischen Volk von revolutionären Straßenkämpfen in Berlin erzählen kann.

Denn das, was sich jetzt in Deutschland abspielt, ist die Ausführung eines Befehls der kommunistischen Internationale durch die Kommunisten. Die ruffische Politik braucht kommunistische Agitation überhalb Rußlands. Das Stalin-Regime hat Rußland in eine schwere Krise geführt, also müssen die deutschen Arbeiter als Opfer für den Wozok Stalin bluten. Es ist ein allgemeiner Befehl. Auf dem sechsten Ekstremum hat der Kommunist Molotow verurteilt: „Das Problem des politischen Massenstreiks ist für die kommunistische Partei jetzt das entscheidende Problem. Wir würden aber keine revolutionäre Welle in einem bestimmten Stadium und unter nicht in einer weit entfernten Zukunft in höheren Formen des revolutionären Kampfes verwirklichen.“

Etatdebatte im Landtag

G. Sch. Sechseindeinhalb Stunden haben gestern die Parteirechner zur Regierungserklärung gesprochen; die zweite und dritte Garnitur wird das auch heute noch tun. Man blieb im allgemeinen sachlich — und vor allen Dingen: es ging ruhig zu. Nur wenn der Nazifozzi B a d f i s h - W a g n e r das Haus dazu zwang, ihn verdienstmäßig auszulassen, war etwas „Leben in der Bude“. Die Kontingentierung der Redezeit nach der Stärke der Parteien und die erfreulicherweise durch die schwarz-rote Koalition verschärfte Geschäftsordnung haben sich als probate politische und parlamentarische Erziehungsmittel bewährt. Die sonst so wilden Radikalmänner und die Volkianer benahmen sich derart ruhig, daß sie von ihren Anhängern ausgepöfien worden wären, wenn sie in Versammlungen sich so präsentierten hätten. Es ist aber auch keine Kleinigkeit, eventuell bis sechzig Tage ohne Fahrkarte und Dienen außerhalb des geschäftigen Parlaments leben zu müssen.

Daß man gerade im badischen Parlament zu solchen Erziehungsmethoden greifen mußte, ist um der Vergangenheit dieses Parlaments willen tief bedauerlich, die in der politischen Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkes ruhmvolle Blätter stehen hat. Nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte hindurch, festelten in ganz Deutschland die politischen Kämpfe im badischen Landtag; als das Zentrum während der Kulturkampfsperiode gegen den übermächtigen und engstirnig-brutalen Nationalliberalismus gerungen hat; als bürgerliche Demokraten vom Format der Heimbürger, Muser und Benedey mit Mut und in Würde für die 48er Ideen kämpften; als die damals noch junge Sozialdemokratie sich Ansehen und Geltung verschaffen mußte; als während der Großblockzeit parlamentarische Maßnahmen ersten Ranges ausgedacht wurden im Rondell.

Keine Parlamentsmehrheit wäre damals — und konnte damals — auf den Gedanken kommen, die Redezeit zu kontingentieren, zu schärfsten Disziplinarmethoden zu greifen, weil die Opposition erstens aus Männern bestand, die wirklich um Ideale rangen, die scharf geschliffene Waffen des Geistes besaßen und sie zu führen verstanden, die Wert darauf legten, auch dem politischen Gegner als getreuer Mensch entgegenzutreten. Die damalige Opposition verließ dem Parlament Leben, Kraft und Farbe — sie war in höchstem Maße politisch fruchtbringend.

Aber heute? O ferum, ferum, ferum; o quā mutatio rerum...! Man lese sich die heutige Opposition im Rondell einmal an. Die sieben politischen Schwaben um Herrn Dr. M a t t e s und die sechs mit ihnen sozusagen in Harmonie verbundenen Demokraten, stehen vor dem badischen Volke als die betäubten Lohgerber da, denen abermals durch eigene Schuld, wie 1925, die Felle weggeschwommen sind. Wie gern würden sie heute — heute noch tausendmal lieber als erst morgen —, mit den Schwarz-Roten gemeinsam eine Regierung bilden; auch wenn das Zentrum das Unterrichtsministerium erhält. Genosse R i d e r t hat ihnen gestern das an der Hand unbestreitbarer Tatsachen während der letzten Koalitionsverhandlungen nachgewiesen. Wozu noch kommt, daß die neue Koalition ja erst mit der Tätigkeit begonnen hat, und für die Handlungen der vorhergehenden Koalition die Demokraten mitverantwortlich sind.

Wie krampfhaft hat sich gestern Herr Dr. M a t t e s gewunden, er, der stets ein bissel Lieb und ein bissel Treu mit viel Faltsheit eng zu verbinden versteht. Und Herr H o s h e i n z wurde geradezu sentimental. Wegen seiner glorreichen Taktik bei den letzten Koalitionsverhandlungen muß ihm draußen im Lande von seinen Freunden doch eilig mitgespielt worden sein. Ein er großt besonders schwer und tief: Herr Dr. L e e r s, unser verfloßener Unterrichtsminister. Wie Vulkan von Zeit zu Zeit Feuer und glühende Lava ausstoßen, wirft Herr Dr. L e e r s, aber jedesmal zur unpassendsten Zeit, Zwischenrufe in das Rondell hinein. Ist es denn so schwer, a. D. zu sein? Das ist also die liberal-demokratische Gemeinschaftsopposition.

Und dann die anderen? Da ist Herr L e u t j a h, Pfarrer und Evangelischer Volksdienst in Leutershausen an der herrlichen Bergstraße. Was sind ihm, dem Gottesmann, Wirtschaft, Finanzen, Friedenspolitik usw., sein Allheilmittel gegen alle Nöte der Zeit hat er gestern dem Landtag geoffenbart: „Werdet besser, dann werds schon besser gehen“. Leutershausen muß eine vorbildliche protestantische Christengemeinde sein. Herr v o n A u hätte sicherlich gern für die Wirtschafts- und Bauernpartei ein bischen fräftiger aufgetrumpft, aber vor sich sah er die liberal-demokratische Arbeitsgemeinschaft sitzen. Da wurde auch er mutlos gestimmt. Herr S c h m i t t h e n e r, Dr., Privatdozent und Major, sprach für die Deutschnationalen, die bei der letzten Wahl drei- und mehrfach vom Unglück geschlagen worden sind. Man sehnte sich förmlich nach dem alten Kirchengeheimrat M a y e r zurück.

Die beiden Flügelgruppen der Opposition: die Moskowiter und die Nazifozzi. Herr B o d i s t ein temperamentvoller Redner, der das, was er sagt, in eine gute rednerische Form zu gießen vermag. Aber nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre, deutsche Moskowiterpolitik vertreten zu müssen, ist doch ein mißliches Unternehmen. Immerhin er tobt nicht, er kam dem Landtag „wissenschaftlich“ und „volkswirtschaftlich“.

Herr B a d f i s h - W a g n e r mimte Hitler. Ob ihm das gelungen ist, wissen wir nicht, da wir Deutschlands großen Erneuerer noch nicht gesehen und reden gehört haben. Aber, wie

Preußenerlaß zur Sicherung der Ordnung

Der preußische Minister des Innern hat am Donnerstag an alle preußischen Polizeibehörden funktelergraphisch nachstehenden Erlaß gerichtet:

Die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit ist in den letzten Tagen und Wochen von radikalen Organisationen zu schweren Störungen der öffentlichen Sicherheit mißbraucht worden. Die Vorgänge haben den Beweis geliefert, daß Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel unter den bestehenden Verhältnissen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung werden daher alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge für das Gebiet des Freistaates Preußen bis auf weiteres verboten. Von dem Verbot werden nicht betroffen gewöhnliche Reigenbegänge, die feierliche demonstrierenden Charakter tragen, die herabgedrungenen Umzüge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Pilgerzüge.

Ausnahmen von dem Verbot behalte ich mir im Einzelfalle vor.“

Zwei Millionen gefunden

50 Mark Belohnung!

Ein Kaffier der Reichsschuldenverwaltung verlor, wie „Tempo“ berichtet, auf dem Wege zur Reichsbank in Berlin eine Reichsschuldenanweisung über 2 000 000 Mark, die bald darauf von einem Arbeiter, dem Silbemeister Rudolf Sennig, an der Ecke der Linden- und Schützenstraße gefunden wurde. Sennig lieferte die Schatzanweisung beim nächsten Polizeirevier ab und die Polizei benachrichtigte sofort die Direktion der Reichsschuldenverwaltung. Als der unglückliche Kaffier die Wahrnehmung von seinem Verlust machte, war die Reichsschuldenverwaltung bereits informiert. Sennig, der in einfachen Verhältnissen lebt, erwartete, daß ihm eine Belohnung von mindestens 1 Prozent zustehe; das würde in diesem Fall mehr als 20 000 Mark ausmachen. Die Direktion der Reichsschuldenverwaltung steht jedoch, dem Tempo zufolge, auf dem Standpunkt, daß eine Belohnung in dieser Höhe nicht in Frage komme, da die Schatzanweisung niemals hätte eingelöst werden können. Der Kaffier, der die Anweisung verloren hat, soll dem Finder 50 Mark angeboten haben.

Schlus der Genet Ratung

Der Völkerrundrat beendete am Donnerstag seine 58. Tagung mit einer kurzen Sitzung, die in der Hauptsache dem Gedächtnis an das erste Zusammentreffen des Völkerrundrates am 16. Januar 1920 gewidmet war.

die jungen Kriegsteuants sich räusperten und spudten, das hat er ihnen glücklich abgeduldet. Wie arm selig und kläglich, wenn die Herrschaften nicht im pie und rebnerisch zgedieren dürfen! Weder einen Funken Fanatismus noch Leidenschaft bligte auf; Gemeinplätze, wie sie Leutnants in der Instruktionstunde befähigungsgemäß herunter sagen müssen, sonst aber nichts, aber auch gar nichts. Wir haben die Vorgänger der Nazis, die Antisemiten der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts noch gehört und mit ihnen getämpft, die Ahlwardt, Bödel, Zimmermann, Liebermann, v. Sonnenberg und Hans von Moos usw. Gewiß, sie waren elende Demagogen in ihren 20- und 30 Jg.-Vorstellungen, aber gemessen an den Badtsch-Wagner, Kraft, Köhler und Fröhlich, waren sie Kerle. Die Nazis wollen das Parlamentarische beseitigen, sie danken es aber Wotan, daß sie dort ein Plätzchen gefunden haben. Sie vermögen, arme, dumme, oder durch Veranlagung zu Rohheitsakten geneigte Menschen zu sinnlosen Demonstrationen und Bluttaten aufzuheizen, aber zur einfachsten gelehrte Arbeit sind sie unfähig. Das haben sie bereits auch im badischen Landtag bemiesen.

Einer solchen Opposition erfolgreich Stand zu halten, war für die Regierung und die Regierungsparteien leicht. Herr Staatspräsident Dr. Schmitt und Genosse Dr. Kemmle antworteten kurz, scharf, bestimmt und überzeugend. Was Genosse Kemmle über die von der Republik geleistete Aufbaubarbeit sagte, war ausgezeichnet.

Herr Duffner vom Zentrum forderte Selbstverwaltung für die Gemeinden, aber nicht ohne Selbstverantwortung. Daß die Arbeitslosenfrage die Sorge der Gegenwart ist, die die Allgemeinheit angeht, kann unterschrieben werden. Widerspruch fordert es aber heraus, wenn Herr Duffner die Forderung der Wohnungswirtschaft in den kleinen und mittleren Gemeinden verlangt. Für das Zentrum legte Herr Duffner ein klares Bekenntnis zur republikanischen Staatsform ab, aber die Hoheit der bestehenden Länder will er beibehalten wissen. Er fordert eine Wahlrechtsänderung im Reich und Verkleinerung der Wahlkreise wie in Baden; aber 88 Abgeordnete sind ihm für Baden zu viel. Dem badischen Volke auch. Daß innerhalb der Zentrumsparlei alles in eitel Liebe und Friede lebe, konnte man ebenfalls vernehmen. Das Wahlrecht der Frauen verteidigte Herr Duffner leidenschaftlich. Sehr begrifflich. Bis 1918, also gleichsam vor Tisch, las man es anders.

Genosse Küster sprach, wie gewohnt, aus dem ganzen Ernst des sozialistisch geschulten Politikers heraus, der die Pflichten einer großen Partei kennt, die Verantwortung trägt und zu tragen bereit ist. Wir geben Rüderts Ausführungen an anderer Stelle wieder. Starke Eindruck machte es, als Rüdert einwandfrei feststellte, daß die Liberalen und Demokraten durch eigene Schuld sich von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen haben, die ihnen angeboten war und ihnen auch ermöglicht werden sollte.

Zentrumsbeschwerde gegen Wiffel

Unter dem Titel „Fort mit Wiffel“, hatte Reichsarbeitsminister Wiffel in einem Berliner Blatt die gegenwärtige parlamentarische Behandlung der Abtreibung als unzulässig bezeichnet. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat in dieser öffentlichen Erklärung Wiffels, die unter Angabe seiner Stellung als Reichsarbeitsminister erfolgt ist, ein ungewöhnliches Vorhaben und eine Kritik an anders einestellenden Koalitionsparteien erklärt. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Brünning, ist deshalb heute beim Reichskanzler in dieser Angelegenheit vorstellig geworden.

Die Gelder der Friedensgesellschaft

Die Deutsche Friedensgesellschaft teilt mit, daß sie bereits in einer Verzichtserklärung erklärt habe, daß die Deutsche Friedensgesellschaft weder direkt noch indirekt aus französischen, polnischen oder tschechischen Regierungskassen Gelder erhalten habe. Sie erweitert jetzt ihre Erklärung dahin, daß auch aus „tschechischen und französischen Kreisen“ keine Gelder gesandt worden seien, weder an Herrn Küster, noch an das „Ander Deutschland“, noch an die Friedensgesellschaft.

Kassenraub im Speyerer Bahnhof

In der Nacht auf Mittwoch wurde im Bahnhof Speyer eingebrochen. Dem Dieb fielen etwa 1100 M in die Hände.

Evas Weg

Erzählung von Elisabeth Thommen
Copyright by Orell Füssli, Zürich

11) (Nachdruck verboten)

„Ja, ja, jagte der Herr, ich kann Sie brauchen, vorausgesetzt, daß Sie einverstanden sind.“ Silage er hinaus, als er Evas überaus gutes Gesicht gewahrte. „Unsere bisherige künstlerische Mitarbeiterin ist uns ganz unerwartet nach Paris ausgewandert. Und Leute mit Geschmack und Phantasie, die zugleich eine Abnung von den Möglichkeiten der technischen Verarbeitung haben, sind bei uns in der Schweiz nicht allzu dicht gefast.“

Wie gut das alles geht, wie gut, frohlockte es in Eva. Und wieder ängstigte sie sich: Jests, jests, wenn Tris wüßte! — Wie soll ich mich aus der Klemme ziehen?

„Es wäre mir am liebsten“, jagte sie, „ich könnte vorläufig zu Hause für Ihre Werkstatt arbeiten. Oder ist meine tägliche Anwesenheit hier eine absolute Bedingung?“

„Das eben nicht“, meinte der Herr. „Wenigstens vorläufig nicht. Wenn dann die Saison vorerüdt ist, wäre es allerdings schon besser, Sie säßen täglich die Eingänge, all die modernen Gewebe — das gibt Anregung! Sie könnten uns auch Entwürfe für Stoffe ausarbeiten — dafür haben wir stets Verwendung.“

Sie vereinbarten schließlich, daß Eva vorläufig zu Hause für das Geschäft arbeite, daß sie von Fall zu Fall die Entscheidung über ihre Ideen bei der Firma einholen werde und daß sie überall da freien Zutritt zu sämtlichen Abteilungen des Geschäftes haben solle, wo es etwas für sie zu leben oder zu erfragen gab.

„Auf Wiedersehen, Frau Liebreich!“

Liebreich, Frau Liebreich!

Eva war spitzbübisch wohl zumute. Wie nach einem wohlgeleiteten Badtschstreich! Liebreich! Welch schöner Name, welcher stolzer Name, jubelte es in ihr. Daneben kante es auch: Madonna, was hab ich angestellt! Woher hab ich bloß den Mut genommen? Was wird Tris dazu sagen?

Und wie Eva so mit federndem Schritte durch die Menge eilte, durchpustet von einer ganz ungewohnten neuen Lebenskraft, geschwellt von einer lange nicht empfundenen starken Daseinsfreude, da war keiner unter den Vorübergehenden, der Evas strahlende Augen-

Plutokratie

Die Reichsbank als Staat im Staate — Die Diktatur Schachts — Die Reichsbank als monarchistische Insel — Maßregelung von Republikanern — Empörende Kiefengehälter

Die Reichsbank wächst sich unter dem Scepter eines Schacht immer mehr zu einer Gefahr gegen den bestehenden Staat aus. Welche Zustände bei der Reichsbank herrschen, darüber wird aus parlamentarischen Kreisen dem Berliner Tagblatt geschrieben:

Die Reichsbank ist eine kaiserliche Insel mitten in der Republik. Das Direktorium der alten Reichsbank, auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser ernannt, ist in seiner Majorität nicht nur bis zum heutigen Tag erhalten, sondern hat die ihm durch das Gesetz von 1922 und das Bankgesetz von 1924 verliehene Autonomie dazu gebraucht, um eine hochkapitalistische und diktatorische Nebenregierung zu errichten.

Als vor einiger Zeit die republikanische Beschwerdestelle unter Bezugnahme auf einen Kabinettsbeschluss beim Reichsbankdirektorium Beschwerde darüber erhob, daß Wilhelm II. in Lebensgröße im Reichsbankgebäude aufgebahrt ist — der „Kaiseraal“ der Reichsbank ist ununterbrochen erhalten — antwortete das Reichsbankdirektorium (unterschieden Dr. Hjalmar Schacht):

„Der in Ihrem gefl. Schreiben vom 3. d. Mts. angeführte Reichsministerialbeschluss, betreffend die Entfernung von Hohheitszeichen des früheren Regimes aus den Amtsräumen von Reichsbehörden, bezieht sich nur auf unmittelbar der Reichsregierung unterstellte Behörden, als welche die Reichsbank nach dem Erlass des neuen Bankgesetzes vom 30. August 1924 offenbar nicht mehr zu zählen ist.“

Wie ist der Beamtenkörper der Reichsbank beschaffen? Keine bessere Illustration als die: Die Interessengemeinschaft der Reichsbankbeamten, die ein willkürliches Instrument des Direktoriums ist, hat es vor kurzem fertiggebracht, an das in Baden-Baden über das neue Reichsbankinstitut beratende Komitee eine Denkschrift zu richten, in der jede Reichsaufsicht abgelehnt wird. Von der Stahlhelmschneidung der Reichsbankbeamten wurde vor kurzem ein anschauliches Bild gezeichnet. Von aktiven höheren Reichsbankbeamten wurden aus eigener Initiative der republikanischen Beschwerdestelle Vorschläge über den Gewissensterror und die bürokratische Schikanierung der wenigen noch in der Reichsbank vorhandenen Republikaner geschickt, die unbedingt befanntgegeben werden sollten. Die Reichsbank hat ihre Autonomie dazu benutzt, einen „eigenen Beamtenkörper“ zu schaffen, der keine gesetzliche Regelung in einem geheimhaltenden Beamtenstatut findet. In früherer Er-

innerung ist noch die Disziplinierung der linksgerichteten Beamtenvertreter. Auf eine Eingabe der Reichsbankbeamten, welche die Vorgänge schildert, hat sich der Herr Reichsfinanzminister dahin geäußert, daß er sofort lieber außer Stande ist, Verwaltungsveränderungen der Reichsbank zu beeinflussen, daß er aber bereit sei, bei der Neuordnung der Beschäftigte der Reichsbank auch die Reichsverhältnisse der Beamten dem allgemeinen Beamtenrecht wieder anzuschließen.

Unter dem Schutz ihrer Autonomie hat das Reichsbankdirektorium, obwohl ein Reichsgerichtsurteil die Reichsbank als eine oberste Verwaltungsbehörde charakterisiert hat, im Gegensatz zu den Reichsbestimmungen

den Personalabbau laut Statut bis zum 31. Dezember 1925 verlängert, 700 Beamte abgebaut und gleichzeitig 1925 mehr rechtsgerichtete Beamtenanwärter eingestellt.

Zahllose Klagen der Beamten bis zum Reichsgericht verließen ohne Ergebnis. Vor kurzem wurden mehrere hundert Reichsbankbeamten als Drohkübel über ungedehte Behandlung an Mitglieder des Direktoriums und an Schacht eingeschoben waren, in drakonischer Weise vollständig durch das Fingerabdruckverfahren unterworfen. Andere Beamten wurden in geradezu mittelalterlicher Weise wegen Gehaltsforderung und nicht standesgemäßer Heirat abgebaut.

Die Reichsbank, welche ihre Existenz dem ihr vom Reich verliehenen Notenmonopol verdankt, muß finanziell vom Reich unabhängig bleiben, muß aber im Interesse einer einheitlichen Reichswährung und unbedingt unter Reichsfinanzkontrolle gestellt werden.

Die im Bankgesetz von 1875 getroffene, in dem Autonomiegesetz von 1922 erhalten gebliebene Bestimmung, daß die Rechnungen der Reichsbank unterliegen, wurden durch Schacht durch einen Bescheid befreit, er verbat sich die „Einmischung“ der Reichsrechnungskammer. Der Reichsbankpräsident besetzt ein Netto-Jahresgehalt von rund 340 000 M., während die Mitglieder des Direktoriums ein Netto-Jahresgehalt von rund 180 000 M. erhalten (beim Ausschluß des achtfachen Goldjahresgehalts). Befamillisch besetzt ein Reichsminister ein Gehalt von 36 000 M. Weiter sei die Anfrage gestellt, ob der Reichsbankpräsident in seiner Eigenschaft als Präsident des Generalrats und der Golddiskontobank noch besondere Aufwendungen ausbezieht?

Ist es richtig, daß die Direktoren der Golddiskontobank Doppelgehälter von Reichsbank und Golddiskontobank beziehen? Ist es richtig, daß diese Kiefeneinkommen auf Grund einer Verfügung des Reichsbankdirektoriums in „Geheimkonten“ geführt werden? Ist es richtig, daß für den Reichsbankpräsidenten ein jederzeit wieder auflösbarer Dispositionsfonds eingerichtet ist?

Zu fordern ist: 1. Aufhebung der verlonellen Autonomie der Reichsbank, 2. Ernennung des Reichsbankpräsidenten durch den Reichspräsidenten, 3. partielle Zusammenlegung des Generalrats mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern, 4. Maß des Reichsbankdirektoriums und Regelung der Beamtenverhältnisse entsprechend dem alten Bankgesetz. Systemwechsel in der Personalpolitik der Reichsbank.

Sparjamkeit à la Schacht.



Wenn Deutschland sich dabei nicht erholt...

Feststellungen zum Frankfurter Verfallungsstrach

Zum beispiellosen Zusammenbruch der Frankfurter Ag. Verfallungsstrach A. G. (Kobag) wurde in einer riesigen Gläubigerversammlung in Frankfurt die erste finanzielle Bilanz gezogen. Der vorgelegte Bilanzbericht des Reichsanwalts Dr. Wollsch ist eine einseitige Anklage gegen die Verwaltung der Kobag, und die Bilanz ist ein erschütterndes Zeugnis der aus den betrieblichen Verfallungsstrach resultierenden Verluste der Frankfurter Allgemeinen gebildet hat, wird immer unheimlicher, was die Gläubiger selbst über die Quoten hören, die sie für ihre Forderungen erwarten dürfen, war nicht erfreulich. Endgültig ist die Liquidationsbilanz immer noch nicht aufgestellt. Man hört aber schon einigmaßen zuverlässige Zahlen. Die Schulden betragen insgesamt 78,7 Millionen Mark. Diesen Schulden stehen verwertbare Aktiva von 15,8 Millionen gegenüber, jedoch die Gläubiger noch der letzten Lage mit einer Quote von 21,5 rechnen können. Diese Quote ist deshalb so gering, weil das Vermögen der Frankfurter Allgemeinen an den Eigentümern von den Forderungen zu einem Preis verkauft worden ist, der allgemein von den Gläubigern für zu niedrig gehalten wird. Selbst wenn 15 Millionen von der Bilanz als Hauptpreis zu erlangen sind, wird die auszubehrende Quote nur etwas mehr als 40 v. H. betragen.

stern nicht mit stiller Genugtuung oder mit leisem Reid betrachtet, feiner, der nicht bewußt oder unbewußt gefüllt hätte: In diesem Menschenkind ist Fröhlichkeit, da tanzt und jubelt eine übermütige Seele!

Und als oben beim See ein frischer Wind Evas blondhaar in Strähnen unter der Mütze hervorjagte, da lachte Eva hell auf, da verbeugte sie sich ein wenig und sagte übermütig: „Bitte, Herr Wind, darf ich mich vorstellen: Eva Liebreich, mit dem Beinamen Wütendich befohlet. Jamohl! Von Beruf erste Modesehnerin in der Firma Bieder & Cie. Der Entwurf zu 40 Franken oder ein Figum! Jamohl! Häuse nur, Herr Wind, lauf, renne, bewege dich. Nicht ängstlich du nicht mehr. Auch ich lebe, lebe, bin Gemeinnutz, bin Teil eines Ganzen! — Nur Modesehnerin, meinst du? Wobei sei etwas Keuberliches, sei verderblich! Anfinn, guter alter Wind, das haben dir theoretisierende, treulose Menschen aufgebunden, die keine Wohnung haben von der Luft des Wechsels! Keinen Hochschwein von der Schönheit der Stoffe, der Farben, der menschlichen Körper! — Hauptfrage ist, daß ich nun ein Glieblein bin der Kiefenfeite Arbeit, daß ich eingefügt bin dem Ganzen, ganz gleich wo, daß ich teilhabe am Geschehen und Werden, daß ich nicht mehr einsam bin, nicht mehr suchen muß.“

„Ei, ei, wie übermütig flog dies Gelein daher! Wachte nicht, daß es Menschen gibt, die immer wieder einsam werden, die niemals ein erreichtes Ziel als endgültiges Ziel betrachten können, die stets und stets wieder weitersehen, weiterklimmen müssen bis ans Ende!“

Und wie gut, daß Eva das noch nicht ahnt. Wäre sie sonst abends, als Tris nach Hause kam, so strahlend froh am Flügel gefessen, hätte sie ein Volksliedlein nach dem anderen vom Stapel gelassen? Hätte übermütig gerufen: „Grüßgott, arisgott, Alter, wie gehts denn?“

Tris macht ein dummes Gesicht. Dann aber fliegt auch über sein Gesicht ein Wibersehen ihrer Fröhlichkeit. Er lacht: „Gut gehts, gut, wenn einen eine so frohe Aite bewillkomm.“

Und sie lesen sich zum Nachmal und essen wohlgeleitet all die guten Sachen, die ihre treue Marie aufstellt. Und sind veranlagt, wie lange, lange nicht.

Und nur Eva weiß warum. Und noch nachts zwölf Uhr — viel leicht wars noch viel später — kann man aus dem Schlafzimmer Evas Sachen und Plaudern hören. — Ja, ja, das muß ich nun schon auch erzählen, denn es war tatsächlich so.

Und so viel auch Eva an jenem Abende plauderte — von ihren

Unternehmungen verriet sie kein Wort. Sie wollte zuerst in sich selbst sicher werden, ob es ein guter Weg sei, den sie beschritten habe.

So schau können junge Frauen sein, so zurückhaltend die Lohes Plaudermäuler! Ach, wo etwas Ernsthaftes, etwas Einzigartiges auf dem Spiele steht, da verfallen Frauen zu Schweigen, ich weiß euch... Da find sie wahre Künstlerinnen, an Klugheit und Stärke nicht, an mehr oder weniger harmloser Schauspielkunst jedem Mann hundertfach überlegen!

Für Eva gina ein neues Leben an, ein Leben, das um so mehr Reiz besaß, als niemand etwas davon ahnte.

Wohl verriethete sie nach wie vor ihre kleinen häuslichen Pflichten, hauste die Blätter der Abendblätter in den hohen Gardinieren, da versorgte die Geranien und Sogarstößlein und all die leissamen großen und kleinen Kästchen mit Wasser, und Strich sie täglich mit dem Seidenstücklein über die schwarze Frisur ihres Hägels; sie war auch immer mit Annut da, wenn Tris sie sich wünschte — aber, aber in jeder freien Stunde leiste sie sich die seltsamere Energie an ihren Zeichnungsstisch, entwarf, skizzierte, verarbeitete das Neuen, bis schließlich etwas Brauchbares entstanden war. Dann war sie voll einer kindlichen Freude an ihrem Werk, leste es zwei, drei Tage beiseite, betrachtete es wieder und wieder, da gab es jedesmal noch manderlei neu hinzukommende Änderungen. Als ob in der Zwischenzeit ein böser Zauberer den geöffnert hätte, so daß sie gut und weniger gut zu unterscheiden vermochten. Wie heimigte sich Eva mit einem rohen Entwurf, der schließlich den Dienst geleistet hätte. Nein, sie schaffte ihre Zeichnungen aufs Sorgfältigste und Liebevollste aus, befaß mit den feinsten Nianzen. Sie lehte ihre Figuren in eine hübsche Schattierung, gab ihnen reizvolle Kleinigkeiten in die Hand. Täglich, Schattierungen, alles in arten neuen Formen, aufs Zierlichste dargestellt, so daß es eine wahre Luft war, ihre phantastischen Schöpfungen zu betrachten.

Waren wieder einige Sachen beisammen, so eilte Eva damit zu Bieder & Cie., und jedesmal, wenn der Blasse, elegante Herr lein müdebedrübtes Lächeln über eines ihrer Kunstwerke niederzulegen ließ, wurde es Eva warm ums Herz, und sie dachte bei sich: „Wie gut verfehlt er alles! Warum ist er a B. kein Mann und ich bin ja schon...“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Aussprache im Landtag

Das Zentrum für Republik und Verfassung - Kritik am badischen Wahlgesetz - Abrechnung mit der Liberalen Volkspartei - Sozialdemokratie u. Regierungserklärung - Der Gang der Regierungsbildung - Gegen liberale und demokratische Anmaßungen Vertrauen zur Regierung - Schwache Opposition

12. Sitzung
h. w. Karlsruhe, 16. Januar 1930.

Nach den üblichen geschäftlichen Mitteilungen wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Aussprache über die Regierungserklärung

Als erster Redner kommt

Abg. Duffner (Zentr.)

zum Wort. Der Redner betont, daß auch das Zentrum ein Bekenntnis der Treue zur Republik und zur Verfassung ablegt. Das Zentrum halte grundsätzlich am Berufsbeamtentum fest. Ergebnisse müssen auch beim Personalrat gemacht werden. Wir begrüßen jede Maßnahme zur Vereinfachung der Staatsverwaltung, die darf aber nicht auf Kosten der Steuerzahler erfolgen. Die Selbstverwaltung der Gemeinden muß auch getragen werden von der Selbstverwaltung. Wir halten an den Bürgerausschüssen fest, sind aber für Beteiligung der gebundenen Ämter bei kleineren Gemeinden. Beim Schulwesen im Besonderen können Erfolge erzielt werden. Auf dem Kapitalmarkt wäre eine Regulierung des Zinsdienstes gleich einer Regulierung der Wirtschaft. Die Zinsenlast ist schwerer wie die Steuerlast. Baden muß bei Zuteilung von Reichsaufträgen an die Industrie besser berücksichtigt werden; es muß bei Regelung der Kreditfrage mehr Entgegenkommen finden. Die Sanierung der Reichsfinanzen darf nicht auf Kosten der Länder und Gemeinden gehen. Das Arbeitslosenproblem ist die Sorge der Gegenwart, die die Gesamtheit des Volkes angeht. Die Beteiligung des Staates an den Wirtschaftsunternehmungen begrüßen wir.

Die Befreiung des badischen Bodens von fremder Belastung begrüßen wir. Wir hoffen, daß der militärischen Befreiung auch wirtschaftliche Erleichterungen folgen mögen. Wir wollen eine starke Zentralverwaltung, sie darf sich aber nicht werten gegen die Selbstverwaltung der Länder. Das neue badische Wahlgesetz bedeutet einen Fortschritt. Die Zahl der Abgeordneten für ein kleines Land wie Baden ist zu hoch. Vom Standpunkt einer gesunden Staatspolitik aus begrüßen wir es, die Regierung auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Wir haben die große Koalition erwünscht, um auch der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit zu geben, an den Staatsgeschäften teilzunehmen. Der Redner weist Behauptungen des Abg. Mattes in einer Rede in Konstanz gegenüber dem Abg. Dr. Schofer entschieden zurück. Die liberale Volkspartei hätte zweifellos, wenn sie an Stelle des Zentrums stände, noch größere Ansprüche gestellt. Wie hat früher die nationalsozialistische Partei ihre Macht ausgenutzt, selbst gegen die Demokraten. Um der liberalen Tradition willen frischen wir nicht zu Kreuz und verurteilen nicht unsere Wähler. Die beiden Regierungsparteien tragen die Verantwortung, die ihnen die Entwicklung auferlegt. Wir werden unsere Pflicht tun und nach bestem Wissen und Gewissen unsere Arbeit erfüllen. Differenzen zwischen dem Vorsitzenden Dr. Schofer und der Fraktion bestehen nicht. In hohem Maße regnet der Redner mit dem Abg. Sotemann ab, der sich in abfällige Weise über die Frauen ausgesprochen hat. Die Nationalsozialisten kennen nur Verächtlichmachung des Befehlenden. Wo kommen ihre Gelder her? Gegen die rechtsradikale und linksradikale Bewegung sollten sich alle positiv zum Staate eingestellten Parteien zusammenschließen. Wir haben Misereaufsicht zu leisten. (Bravo beim Zentrum.)

Abg. Kiefert (Soz.)

Es ist erfreulich, daß die Wahlbeteiligung im Oktober 1929 eine bessere war, wie vor vier Jahren. Vom Standpunkt des Parlamentarismus aus ist dies zu begrüßen.

Das neue Wahlgesetz hat keine Probe bestanden. Die kritische Stellung der Demokraten ist nicht zu verstehen, denn im Württemberg verlangen die Demokraten das gleiche, was wir in Baden durchgeführt haben. Dem Interesse des Landes wäre kein Schaden geschieden, wenn das Wahlgesetz in seiner ersten Form erlassen geblieben wäre. Wenn weitere Splitterparteien ins Parlament einziehen, so tragen nicht wir die Schuld, sondern der Wahlschicksal. Der Urheber und Träger jenes Projektes, die Volkspartei, hat die verdienten Niederlagen erhalten. Die Behauptung, daß die Frauen ausgeschlossen würden, hat sich nicht bewährt; Beweis: die Deutschnationalen, wo die Männer, sogar der Führer, dahinsinken, während sich Frau Richter erhalten hat. (Große Beifall.) Die Behauptung, Schuld an der härteren Wahlbeteiligung trügen die Nationalsozialisten, ist falsch. Zentrum und Sozialdemokratie sind im Verhältnis genau so stark wie vor vier Jahren.

Wir hätten es begrüßt, wenn die alte Koalition hätte weiter bestehen können. Die liberale Volkspartei tritt, wo sie in einer Regierung ist, immer als führendes Element in der Innenpolitik auf. In Thüringen ist die liberale Volkspartei, die einer Koalition, wie Friedl, in die Regierung gebracht hat. Die Große und die Weimarer Koalition ist nicht zulaufend gekommen, weil man auch der Sozialdemokratie das Unterrichtsministerium nicht geben wollte. Eine Partei, die sechs Mandate gewonnen, die große Masse der Wähler hinter sich hat, hat natürlich das Recht, Ansprüche zu stellen. Die liberale Volkspartei hat Ansprüche gestellt, ohne daß Wahlen hinter ihr stehen. In einem gewissen Zeitpunkt war die Volkspartei bereit, dem Zentrum das Unterrichtsministerium zu geben, wenn sie selbst das Justizministerium erhält.

Die demokratische Partei war bereit, ihren eigenen Minister auszuscheiden, die früheren Abgeordneten Gumbert fallen zu lassen. Deshalb ist der Vorwurf, die Sozialdemokratie habe Minister Leers nicht genügend unterstützt, unberechtigt, er trifft mehr die demokratische Partei (Abg. Leers: Ueberlassen Sie das mir und meiner Partei.) Die demokratische Presse hat nichts zur Entwirrung der Lage beigetragen. Alles, was die Neue badische Landeszeitung seinerzeit über die Bildung der Zweiparteienregierung geschrieben, war politischer Unsinn. In heftiger Verbindung haben Demokraten und liberale Volkspartei die Anekdote abgelehnt.

Die Sozialdemokratie lehnt es ab, Mittel des Liberalismus zu sein. Wir begrüßen es, daß die seit 11 Jahren verfolgte Politik weitergeführt werden soll, also die Politik im Sinne der Weimarer Koalition - ohne Demokratie. Das Treuebekenntnis zu Reich und Verfassung begrüßen wir. Das Geschrei der extremen Parteien, irretiert uns gar nicht. Im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse waren wir mit einer teilweisen Vorlage des Staats ausnahmsweise einverstanden. Wir haben vor allerersten Beratungen.

Wir begrüßen, wenn die Regierung eine Sparkommission berufen will. Sie setzt damit ein hohes Maß von Verantwortlichkeit. Der Beschlusssammand beträgt in den letzten zwei Jahren 40 Millionen Mark. Man erhebt aus dem Etat, wie stark die Reichspolitik auf die Landespolitik einwirkt. Solange Länder bestehen und Aufgaben geben werden, solange muß den Ländern auch Lebensraum gegeben werden. Die Grenzlandfrage drückt besonders schwer auf unsere Verhältnisse. Wir legen auch verkehrsgeographisch unpolitisch. Über Land hat die Folgen des Krieges besonders schwer zu tragen. Gegenüber dieser von uns nicht verschuldeten Lage hat das Reich auch besondere Verpflichtungen.

Einer Forderung der Wohnungswirtschaft können wir nicht zustimmen.

Die bisherige Forderung hat schon wirtschaftliche Schäden gebracht. Viele wirtschaftliche Existenzen wurden schon vernichtet. Das Berechnungssystem der Ueberwertungssteuer ist ein Unrecht. Wir unterstützen die Regierung bei ihren Bemühungen eine Entschädigung für unsere Eisenbahnen zu erhalten. Wenn es möglich ist, die Realsteuer zu senken, aber nicht auf Kosten der sozialen oder kulturellen Aufgaben, so sind wir dafür zu haben. Es gibt aber Ausgaben, die man heute eben nicht verhindern kann. Die Sozialdemokratie hat sich immer für die wertvolle Klasse des Volkes eingesetzt, sie hat immer Verständnis gehabt für die Räte der Landwirtschaft, des Handwerks, des Gewerbes und des Handels.

Der Arbeiterkampf kann es nur dann gut gehen, wenn die Wirtschaft in Bewegung ist.

Wir haben den festen Willen, am Staatshaushalt mitzuarbeiten. Wir haben zur Regierung das Vertrauen, daß sie das Mögliche im Interesse des Landes und des Volkes tun wird. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Schmittbener (D.N.)

Begrüßt die Regierungserklärung als fachlos. Treue zum Reich ist eine Selbstverständlichkeit. Ueber das Füllmaß des Reiches ist die Regierungserklärung nur halboffene Sache. Warum sagt man nicht statt Unzulänglichkeit Defizit? Man darf nicht alle Säfte beim Reich leihen. Es muß im Etat eine rückständige Vorleistung vorgenommen werden. Man kann die Staatsreform im Lande sofort vornehmen. Es müssen rückständige Beiträge vorgenommen werden. Es können Verwaltungsstellen, Stellen eingepart werden. Die Regierung ist nicht eine Regierung des ganzen Volkes. Wir müssen von der übertriebenen Form des absoluten Parlamentarismus abkommen. Die Rede war von häufigen Zuschnitten begleitet.

Abg. Dr. Mattes (D.S.P.)

beschäftigt sich zunächst mit der Regierungsfrage und verweist, den Standpunkt seiner Partei zu rechtfertigen. Das Finanzministerium sei ein wichtiges Ministerium, das Zentrum legt ja in vielen Ländern Wert darauf, das Finanzministerium in die Hand zu bekommen. In der Spitze der gesamten Reichsverwaltung in Baden stehen Zentrum und liberaler Volkspartei und Zentrum ist nie ein Wort über die Abgabe des Unterrichtsministeriums gesprochen worden. Der Redner schildert seinen Standpunkt aus dem Verlauf der Regierungserklärungen. Es kommt hierbei zu langen für-milchen Unterredungen und Zuschnitten. - Die Regierungserklärung trägt den Geist der Sachlichkeit. Der Appell an die badischen Beamten wäre nicht nötig gewesen. Die Sparkommission des Reiches. Die Kommission sollte aber nicht aus Staatsbeamten bestehen. Im weiteren über der Redner an verschiedenen Stellen der Regierungserklärung Kritik. Das Wort Steuerentlastung kam nicht ein einziges Mal in der Erklärung vor. Es sei ein Programm der kleinen Mittel, das nichts Großes löst. Die Vermögensdarstellung des Staatspräsidenten ist ergänzungsbedürftig. Die Schulden sind stärker gewachsen wie das Vermögen. Ursache der Defizite sind die dauernden Uebererhebungen des Etats. Wir fragen heute an der Finanzpolitik des Herrn Dr. Köhler. Auf ihn gehen alle Finanzschwierigkeiten zurück. Lösung kann nur die Durchführung einer durchgreifenden Reform bringen. Schaffung eines großen überörtlichen Staats, Vereinigung der Pfalz mit Baden und Regelung des Verhältnisses zu Württemberg.

Abg. Wagner (Nats.)

hält die Regierungserklärung für nichtslugend. Man wage dem Volk nicht zu sagen, wie die Dinge stehen. Man will dem Volke Sand in die Augen streuen. Die Erfolge der bisherigen Politik waren negativ. Eine Regierung soll die Verhältnisse und die Not bezeichnen, dann entscheiden sie unserer Bewegung auch den Boden. Wie die Not zu beseitigen ist, da Vorschläge zu machen ist nicht unsere Aufgabe.

Man solle die Wahlverprechungen halten (Aufe): Die Versprechungen haben doch keine Partei gemacht! Wir haben überhaupt keine Versprechungen gemacht (Stürmische Beifall). Der Redner verlangt Einstimmigkeit gegen die Banken und Börsen, gegen die Warenhäuser, Abbau des parlamentarischen Systems. Zu bebauern ist, daß so wenig getan wird für die Hochschulen! Von der Erfüllungspolitik muß Abstand genommen werden. (Abg. M a t e r: Sollen wir alle in den "Darmstädter Hof" gehen und "Siegerreich" mit "Frankreich" trinken?) Wir verlangen eine W i e r t r a n s p o r t i t. In der Regierung hat der Redner kein Vertrauen. (Abg. R e i n h o l d: Wenn Sie Vertrauen hätten, müßten wir Misträuen aussprechen!)

Abg. v. Au (Wirtsch. u. Bauernpartei)

erklärt, daß auch seine Partei zum Staat und zur Verfassung steht. Der Redner verlangt Vereinigung der Steuererhebung, Verwaltungsreform, Eigenständigkeit für das Land, Bundesratsrecht zur Einkommensteuer für die Gemeinden. Der Redner erklärt, daß seine Partei mit dem Zentrum eine Regierung der Mitte bilden wollte. - Gegen 1 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen und Weiterberatung auf nachmittags 3.30 Uhr festgesetzt.

13. Sitzung.

Der Präsident verliest zwei Anträge zur heutigen Debatte. Die Nationalsozialisten beantragen, der Regierung im gesamten das Misträuen auszusprechen, und im weiteren dem Justiz- und Unterrichtsminister Dr. Kemmele das besondere Misträuen zu erklären. In der fortgesetzten Debatte erhält

Abg. Hofheins (Dem.)

das Wort. In den Demokraten liege es nicht, wenn die bisherige Weimarer Koalition nicht fortgesetzt werden konnte. Gerade die sozialdemokratische Partei hat den Druck des Zentrums als stark empfunden, sie hat aber nicht die Kräfte herangezogen, die diesen Druck abschwächen oder beseitigen hätten. Bei der Wahlreform hätte man den kleineren und mittleren Parteien mehr Entgegenkommen zeigen sollen. Wir haben den Unterrichtsminister nicht fallen lassen, sondern wir haben aus politischer Ueberzeugung das getan, was wir verantworten zu können glauben. Wir haben von Anfang an erklärt, daß für uns nur die Fortsetzung der Weimarer Koalition im bisherigen Bestande in Frage käme. Der Redner schildert im einzelnen den Gang der Regierungsbildungen von seinem demokratischen Standpunkt aus. Die Regierung ist gebildet auf der Grundlage der Mehrheitspolitik des Zentrums und des Vertrags der Sozialdemokraten an ihren vorherigen Erklärungen. Die Demokraten lehnen es ab, daß man von einer Krise der Demokratie spricht. Die Nationalsozialisten sind vorläufig das Samm-

beden aller Unzufriedenen. Die Reichsreform ist für uns nicht nur ein Sparprojekt. Der Friede zwischen Staat und Kirche hat zu bestehen unter der Parole: Freie Kirche im freien Staate. Die Regierungserklärung bringt eine Menge Einzelmaterial, hat aber wenig gebracht von allgemein politischen Dingen.

Abg. Bod (Komm.)

Das Regierungsprogramm ist ein Programm der starken Faust gegen die arbeitende Klasse. Deutschland wird regiert von einer Wirtschaft kapitalistischer Trakt. Die Regierung vertritt von Volkswirtschaft nicht das Geringste. Der Redner behandelt ausführlich den Youngplan, die Rationalisierung und Fragen der Reichspolitik. Die Regierung verlagert in der Lösung der Wohnungsfrage für die breiten Massen. Die Nationalisten wollen Arbeiter und Kapitalisten, die Ausbeuter der Arbeiter, verdrängen. Das Regierungsprogramm enthält neben einer realistischen Wirtschaftspolitik auch eine reaktionäre Kulturpolitik, die gekürzt werden soll durch ein Reformat. Die Regierungserklärung ist ein Programm des Ungeheures, der Sozialreaktion und der Kulturreaktion. Die kommunistische Partei jagt diesem Programm den schärfsten Kampf an.

Abg. Teufel (Evang. Volksd.)

befürwortet sich zunächst mit der Reichspolitik. Er wünscht Kürzung der hohen und höchsten Gehälter. Die Arbeiter sollten mit einem etwas niedrigeren Stundenlohn zufrieden sein. Aber auch die Fabrikdirektoren sollten auf ihre hohen Gehälter verzichten. Durch Arbeit kommen wir niemals zur Freiheit. Der Weg zum Aufstieg ist die religiös-sittliche Erneuerung unseres Volkes. Wir möchten eine laubere Republik.

Staatspräsident Dr. Schmitt:

Es ist Pflicht der Regierung und der Parteien, der Hoffnungslosigkeit entgegenzutreten. Wir können nicht Hoffnungen ermeden, die nicht erfüllt werden können. Was hat die Opposition für Vorschläge gemacht zur Besserung der Finanzen? Nur Negatives wurde vorgebracht! Wir sind abhängig vom Reiche in den Ausgaben und Einnahmen. Die Sparkommission besteht zunächst aus 4 unabhängigen Beamten, wovon einer der Vorsitzende ist; außerdem besteht die Kommission aus 4 Herren, die von den einzelnen Ministern vorgeschlagen werden. Die Kommission ist unabhängig und unbeeinflusst von der Regierung. Keine Schulden mehr, Sparen, ein umfassender Leistungsplan, das ist das Programm der Regierung. Im weiteren nimmt der Redner den Minister Dr. Köhler gegen Angriffe des Abg. Dr. Mattes in Schutz.

Minister Dr. Kemmele

wendet sich gegen aufsteckende Behauptungen des Abg. Wagner. Die Nationalsozialisten kennen Grenzen des persönlichen Anstandes kaum mehr. In Reich haben die Nationalsozialisten Budgetziel gegen mich verdrängt, als ich dort in einer Versammlung sprach. Ich habe in Reich darauf hingewiesen, wie alle Stellen, die mit der Fürsorge zu tun haben, bemittelt sind, die wirtschaftliche Not zu heben. Wenn aber alles, was geschieht, als ein Nichts erklärt wird, dann hat das automatisch zur Folge ein Wirtschwächen der Bemühung, denn man läßt sich nicht gerne hinterrück beschimpfen. Ich erklärte in jener Versammlung, daß ich es bedauern würde, wenn die Hanauer Bevölkerung den Nationalsozialisten in großer Zahl nachlaufen würde. Es ist das Unglück unserer Zeit, daß man, wenn man in Opposition steht, sich bis an das private Leben des Gegners heranmagt. Ist man denn vogelfrei im Leben? Kann es so weit gehen, daß der jetzige Abg. K o t h in Mannheim erklären kann, ich, der Minister, sei in Mannheim Etensther gewesen (Lebhaftes Entrüstenraute). Wir waren genötigt, die Denkschrift herauszugeben. Grenzen im Kampfe muß es geben und wo die Grenzen überschritten werden, muß die Regierung das Recht der Parteibildung haben. Wir wären die größten Verbrecher, wenn wir nicht alles tun würden, um das Arbeitslosenproblem zu lösen, die Wirtschaftsnote und Steuernot zu beseitigen. Mit demselben Problem muß sich England und Rußland befassen. Wir alle stehen unter dem Eindruck, daß das Gesetz der Wirtschaft seine eigene Wege hat. Wenn die Lösung dieser Frage so einfach wäre, hätten wir nicht auf Sie (zu den Nationalsozialisten) gewartet, um nur die Lösung vorzunehmen. Wenn die Herren Nationalsozialisten aus der Vergangenheit etwas lernen würden, wären sie jetzt wohl manchmal in ihren Ueberzeugungen vorsichtiger und anständiger (lebhaftes Zustimmung). Im letzten Jahre haben die Nationalsozialisten in Thüringen den Antrag gestellt, für die Arbeitslosen 250 000 M bereit zu stellen. Der Antrag wurde abgelehnt. Vorgestern haben die Sozialdemokraten im Thüringischen Landtag den gleichen Antrag gestellt, er wurde von den Nationalsozialisten abgelehnt (Große Beifall). Was Herr Wagner will, das einmal getan: 1929 haben wir Württemberg geleistet. Die Folgen sind bekannt. Man muß sich vorsetzen, auf welchem Trümmerhaufen wir 1918 und 1923 standen, dann darf man nicht sagen, wir hätten das Reich und Volk dem Verderben entgegengeführt. Man darf sich nicht verhehlen, daß wir einen 4 1/2-jährigen Krieg geführt haben. Ich bin nicht erschüttert über das verschärfte Misträuen. Ein weiteres Misträuensvotum ist von den Kommunisten eingegangen. In der zweiten Rednerreihe spricht als erste

Frau Abg. Siebert (Str.), die über die politische Befähigung der Frauen sich äußert. Einheit von Volk und Staat ist notwendig. Politische Befähigung, die sich auf Wahrheits- und Rechtsgefühl stützt, ist sehr anzuerkennen.

Abg. Reinhold (Soz.)

Bei objektiver Wertung der Oppositionsredner kommt man zu dem Ergebnis, daß eigentlich sachlich die Regierung keinen ernsthaften Angriff erlitt. Steuerentlastungen werden meistens zu Lasten des Sozialstaats ausgeführt. Die wirtschaftliche Entwicklung und politischen Bedürfnisse machen eine Vereinheitlichung des Reiches zu einer unangenehmen Angelegenheit. So miserabel wie die Lage der Arbeiter in Rußland, ist die der deutschen Arbeiter doch lange nicht. (Auf Zurufe des Abg. Böning antwortete Genosse Reinhold mit: "Und Sie rubig, Herr Feldwebel!" - Abgeordneter Böning erhält zwei Ordnungsrufe.) Die Art des politischen Kampfes der Nationalsozialisten zwingt die anderen Parteien zu entsprechenden Gegenmaßnahmen. Koalitionspolitik ist nicht zuletzt die Schuld der Wählerinnen und Wähler. Wir Sozialdemokraten gehen jeden Weg, der uns praktisch aus den außerpolitischen Pfaffen bringt, die der verlorene Krieg nach sich zog. Bei der Regierungsbildung haben die demokratischen Zeitungen unwahre Behauptungen über Zentrum und Sozialdemokraten gebracht. Not und Elend ist heute schlimmer als vor einem Jahre. Dem Wohnungsbau müssen mehr Mittel zugeführt werden. Wir haben den Glauben an die Zukunft. Wir haben zur heutigen Staatsform.

Abg. Bauer (D. Vol.) befehlte sich, die Lage der Deutschen Volkspartei bei den Regierungsbildungen von seinem Standpunkt aus darzulegen. Dabei wechselte Rede und Gegenrede zwischen Abg. Bauer und Dr. Föhr (Str.). Wir bebauern ungemein die Art des politischen Kampfes, die die Nationalsozialisten zu führen beabsichtigen.

Um 7 Uhr brach Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung ab und bearaunte den Beginn der nächsten Sitzung auf Freitag vormittags 9 Uhr an.

Schmerzloses Rasieren
durch vorheriges Einreiben mit



NIVEA
CREME

Preise: RM. 0.20-1.20

Sportplatz des Fußballvereins Grünwinkel Durmersheimer Straße 50

Sonntag, den 19. Januar 1930 nachmittags 2 Uhr Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft

A.S.V. Hagsfeld I. -> F.C. Ludwigshafen I.

1/1 Uhr: Aue Jgd. - Pfortz Jgd. Entscheidung um die Jugendmeisterschaft im 3. Bezirk

Die Polizei berichtet:

Raubverbrechen

Am Donnerstagabend gegen 11 Uhr wurde ein Schreiner von hier in der Kreisstraße bei der Ostendstraße von sechs etwa 20 Jahre alten Burjchen angefallen...

Diebstähle

Am Hof eines Anweins der Waldstraße entwendete ein unbekannter Täter von einem Kistenfenster des ersten Stods einen dort aufgehängten Perianerpelzträger im Wert von 100 M.

Schlägerei in einer Wirtschaft

In einer Wirtschaft in der Wollstraße kam es am Donnerstagabend zu einer Schlägerei zwischen den Gästen, wobei es Verletzte gab.

Festgenommen

wurden in den beiden letzten Tagen 20 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Die Grokage bleibt bestehen

Eine gestern abend stattgefundene Versammlung der Grokage und verschiedener Vereine hat beschlossen, die Grokage weiter bestehen zu lassen.

Ausstellung kulinarischer Genüsse

des Internationalen Verbandes der Räder, Österr. Kochverein Karlsruhe im kleinen Festsaal am Mittwoch, den 15. Januar 1930.

Alle alljährlich am 15. Januar, veranstalteten die Räder Karlsruhe auch in diesem Jahre anlässlich der Stiftungsfest eine kulinarische Ausstellung...

RUNDFUNK

Sendefolge der Süddeutschen Rundfunk A.-G. Stuttgart Welle 579,7 - Freiburg Welle 577

Sonntag, 19. Januar: 8.15 Uhr: Morgengymnastik, 11.15 Uhr: Radioische Morgenfeier, 12 Uhr: Bremenberichter, 13 Uhr: Gottes Stimme...

Gewerkschaftsbewegung

Warnung vor kurzfristiger Ausbildung im Friseurgewerbe

Nach immer bemühen sich ganz besonders weibliche Arbeitskräfte unter Umgehung der ordnungsmäßigen Lehrzeit, in den Friseurberuf einzubringen...

Jugend

Aus der Arbeiterjugend

Jugendorganisationen und Jugendsozialisten! Zur allgemeinen Kenntnisnahme teilt die Kreisleitung mit, daß die Kreisversammlung...

Veranstaltungen

Sonntags-Nachmittagskonzerte in der Festhalle. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß nach längerer Pause am kommenden Sonntag nachmittags, von 15.30-18 Uhr, im großen Festsaal die beliebte...

Freitag, den 17. Januar 1930.

Bad. Landesoper: Die Dreigroschenoper, 20 Uhr. Gastspiel: Operette: Die Dreigroschenoper, 20 Uhr.

Schneebericht

Witterungsbericht der Bad. Landeswetterwarte vom 17. Januar, morgens 8 Uhr.

Feldberg-Station: heiter, minus 1 Grad, Schneehöhe 35 Ztm., Pulverhose, St. und Nadel gut.

Wasserstand des Rheins

St. 55, gef. 25; Waldsb. 240, gef. 27; Schaffersb. 120, gef. 26; Kehl 234, gef. 23; Wozau 419, gef. 28; Mannheim 287, gef. 9 Zentimeter.

Massagen Wirksame Schönheitspflege Kosmische Haarentfernung Frau Herrmann Kaiserstr. 241.1. Telefon 7635

Sirohfläcke 1.95 für große Betten passend, der Stück Mk.

10% Rabatt Auf alle anderen Artikel

Schlafdecken, Jacquarddecken, Kamelhaarddecken

Arthur Baer Kaiserstr. 133

10% Rabatt Billig und gut Stoff - Reste Kleiderstoffe

Textil-Haus zur guten Quelle

Witten Kraftfahrer-Prüfung

1.-Mk. Volksfreund-Buchhandlung

Waldstraße Nr. 28

Samstag 25. Januar abends 8 bis 3 Uhr Masken-Ball in den Räumen der Festhalle mit Prämierung

Mitlervereinigung Karlsruhe (e.V.) Geschäftsstelle (nur briefl. Auftr.) Baumstr. 22, 23b, 111

Die Zeitung des Fortschritts Volksfreund INSERATE haben durch die weite Verbreitung und den großen Leserkreis besten Erfolg

Safen Safen Safen im Fell der Hund ist 1.- Safen abgezogen u. ohne Ein- gewebe der Hund ist 1.10

Massagen Wirksame Schönheitspflege Kosmische Haarentfernung Frau Herrmann Kaiserstr. 241.1. Telefon 7635

Die Zeitung des Fortschritts Volksfreund INSERATE haben durch die weite Verbreitung und den großen Leserkreis besten Erfolg

Safen Safen Safen im Fell der Hund ist 1.- Safen abgezogen u. ohne Ein- gewebe der Hund ist 1.10

Musikverein „Eintracht“
Samstag, den 18. Januar 1930,
 abds. 8 Uhr, im Saale der „Walhalla“
Großer süd-städtischer
Maskenball
 Eintritt Mk. 1.— zuzüglich Steuer
 Ende 3 Uhr.

Hinaus
 mit den warmen
Damen- u. Mädchenmäntel
 zu fabelhaft billigen Preisen
 ohne Rücksicht auf den Einkauf
Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmstraße 36, 1 Treppe
 Ratenkaufabkommen der Bad. Beamtenbank
 Keine Ladenspesen! Große Auswahl!

Versteigerung.
 Morgens Samstag, beginnend um 2 Uhr,
 verfertigen wir i. A. aus einem Nachlaß gegen
 bare Zahlung in Grünwinkel
 Gerberstraße 2 1222
 u. a. ein Ruhbaum pol. Schlafzimmer bestehend
 aus: Spiegelkrant, Waschkommode m. Karmir
 und Spiegel, 2 Betten und 2 Nachttische mit
 Karmir; Gigenes Buffet, 4 Stimmertische,
 Schreibisch mit Aufsatz, Herdtische, Stühle,
 weiße Emaillebadewanne mit Wabesen, Tep-
 piche, Einoleum, Vorhänge, Servietten und
 sonstiger Handart.
 Zaffe's Versteigerungshalle, Kriegsstraße 84.
 Günstige Straßenbahnverbindung: Linie 2
 (Taglender Wagen) Haltestelle Heberfähring.



Eier-
Teigwaren

Wir empfehlen: 1210
 Eierbruch- Maccaroni 54
 Eierbruch- Spaghetti 58

Eiernudeln, Eierstifte,
 Spaghetti, Maccaroni,
 Fadennudeln in Paketen
 Kaufen Sie unsere
 Eigenpackungen
 Sammeln Sie unsere
 Punkt-Gutscheine

Dörrobst
 Auserlesenes
Mischobst
 I. 1.- II. 80
 Wägen Sie bitte auf die Qualität!

Serbische Pflaumen
 mittel groß extra
 Pfund 50 60 70
 Pflaumen o. St.
 zum Abheßen Pfund 80
 Feigen Wd. von 40 an
 halbfornische
 Aprikosen Pfund 1.00
 Extra groß Pfund 2.-
 Birnen Pfund 1.20
 Pfirsiche Pfund 1.20
 Dampfäpfel Wd. 1.20

Eß-Pflaumen Wd. 1.-
 gedöste talifornische

Pfannkuch

FREITAG UND SAMSTAG
 bilden den Höhepunkt unseres
INVENTUR-AUSVERKAUFS

Reste u. Abschnitte
 in Kleiderstoffen, Seidenstoffen u. Waschsamt, Wäschestoffen, Gardinen,
 Spitzen etc. gelangen ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Wert zu
reduzierten Preisen auf Extratischen im Lichthof zum Verkauf.

Herrenartikel Strumpfwaren
 Oberhemden weiß, aparte Einsätze, kräftiger Rumpfstoff, Klappmasch, 4.50, 5.90
 Schlaf-Anzüge sehr schönes Streifen, mit Verschnörung . . . 6.90 5.90
 Umlege-Kragen mod. Form, Mako 4 lach Stck. 50.7
 Selbstbinder geschmackvolle Muster u. Streifen, große Auswahl 1.90 1.45
 Herr-Sportmützen kleidende Form, u. Stoff-Muster . . . 1.45 1.25
 Herren-Hüte II Wahl in Flach- u. Rollrand, gute Mittelfarben . . 4.50 5.90
Parfümerien
 Rasiergeräth . . 50.7
 Nickerandapiegel ca. 27x30 cm . . 95.7
 Maniküre 5 theilig . 95.7
 Geräth Stangen-Schminken 7 Stück . 1.-

Große SCHUHE
 Posten Enorm billig! Auf Tischen ausgelegt
Kinder-Schuhe schwarz, farbig und Lack 20-22 23-25 27-30 31-35
 1.95 2.95 3.90 4.90
Damenschuhe in viel. Modefarb., auch schwarz u. Lack mit hohen u. nied. Absatz 10.75 8.75 6.75
 4.90
Herrenschuhe gute Qualität, mod. Formen, für Straße u. Sport 11.50 9.50 8.75
 7.90
 Übersehen Sie nicht die Tische mit Rest- und Einzelpaaren in Haus- und Straßenschuhen.

Korbmöbel Kleinmöbel
 Weidensessel 7.25 5.50
 Peddigröh-Sessel gebleicht . . . 15.-
 Peddigröh-Sessel gepolstert . . . 14.50 11.25
 Peddigr.-Hocker 5.90 4.25
 Klaviersessel braun od. schwarz 15.50 13.75
 Rauchtische mit Messing-Platte 19.50 16.25
 Frieriotelton weiß 88.- 62.00
 Kältische Eiche geb. 29.- 26.50
 Liegestühle dunkel verstellbar 31.50 19.75
Zinkwaren
 Wannen 75 80 85 cm oval 5.90 6.90 7.95
 Wannen rund 36 38 40 cm 1.75 2.20 2.75
 Wasch-kessel 4.60 4.65 5.30
 Eimer 28 cm 1.10
 Bade-wannen 18.50 17.50 16.50
Holzwaren
 Küchenhocker Buche 3.25
 Fußchemel 2.25 1.20
 Zimmerstühle mit Rohrstütz 9.75 7.95
 Zimmerstühle Eiche mit Lederstutz geb. 26.50
 Bügelbretter mit Bezug 3.95 3.50
Parfümerien
 Aromat.Mundwasser und große Tube Kosmata 95.7
 Köln-Wasser-Soße 4 Stück in Cellophan . . . 50.7

LKNOPF

Colosseum
 Täglich 8 Uhr
 Sonntags 3 u. 8 Uhr
Glauer's Royal Midget's Theater
 Die kleinsten Menschen der Welt
 Außerdem das große Varieté-Programm von Welttruf

Badisches Landes-theater
 Freitag, 17. Januar
 Sondermiete, Zeittheater (3. Vorstellung der Vorstellung 1)
Drei-großen-Oper
 Ein Stück mit Kraft von Dreht-Bell Regie: Baumbach Dirigent (am Pflaugh): Reilberts
 Wittwende: Beckram, Mademacher, Hiesler, Jank Brand, Wemmede, Graf, Verz, Kieckle, Wehner, Müller, Bräter, Schulze, Rahnbach, Dolpach, Gröninger
 Anfang 20 Uhr Ende gegen 23 Uhr
 Kein Kartenverkauf
 Sa. 18. I. In halben streifen: Das Glöckchen des Gremmen. Sa. 19. I. nachm: Christophorus Märchenbuch. Abends: Wigoletta. Im Konzert-haus: Grand Hotel No. 20. I. Sondermiete, Zeittheater Die Drei-großen-Oper.

Schlafzimmer
 ferner 1 Auszugstisch, 2 Stühle, 4 Stühle, sehr neu, im Auftrag sehr billig zu verkaufen.
Heinrich Karrer
 Möbelhaus 114
 19 Philipstraße 19

Zu verkaufen 1 Kaus-tinn, eingepfanz mit zischen, zu 242 5, (Boll-glas) Wagn, nachm 12 b 2 Uhr. Wina Großtopf, Damenjahn, Sirtels, 6.1.

Selbstverständlich kaufen wir unsere Herrenhosen aus Tuch — Buckskin — Streifen und Manchester nur b. Genoss. Friedrich, Zirkel 25a, Ecke Ritterstraße.

Samstag Schluss
 des Inventur-Ausverkaufs

Qualitätsware für wenig Geld!
 Eine besonders günstige Kaufgelegenheit die auch Sie nicht versäumen sollten!
 Seien auch Sie noch dabei!
Landauer
 das größte Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion

Jeder Störung im Wachstum der Haare kommen wir nach mikroskopischer Haaruntersuchung auf den Grund und unsere verschiedenen selbst hergestellten Kräuterhaarwasser sind altbewährte Abhilfemittel.
 Zur Pflege und Stärkung des Haarbodens im normalen Verhältnis verwende man bei trockenem Haar Brennnesselhaarsaft zu Mk. 2.— bis Mk. 7.—, Daisy mit Fett zu Mk. 5.— bis Mk. 8.—, gegen fettiges Haar Kampferschuppenwasser von Mk. 5.— bis 8.— und verschiedene andere Haarwasser.
 Das Waschen der Haare geschieht mit Brennnesselhaartinktur zu Mk. 1.50, 3.— und 5.— (keine Seifenwaschung mehr).
 Im Zweifelsfalle sende man zur kostenlosen Untersuchung ausgegangene Haare von 6 Tagen ein mit Rückporto, die zur Behandlung geeigneten Mittel geben wir alsdann bekannt.
Gg. Schneider und Sohn, I. Würt. Haarbehandlungsinstitut, Karlsruhe, Reichstraße 16, I., beim Albtalbahnhof — Hauptgeschäft: Stuttgart, Gymnasiumstr. 21a.

Großer Büroraum
 40-45 qm, hell und hoch, für Schrift-schreib-, mit mögl. direktem Zugang in zentraler Lage der Stadt, von Behörde per 1. 3. 1930 gefucht.
 Angebote unter Nr. 114 an das Volks-freundbüro erbeten.
Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen stets die Interessen dieser Zeituna!

SENSATIONAL VOLKSHAUS

8 Büttelstraße 16
 Anlässlich des neuerstellten Konzerts
 Pod ums findet am Sonntag, ab 5 Uhr ein
großes Sonder-Streichkonzert
 statt, ausgeführt von einer Abteilung des
 Arbeiter-Musikvereins Daxlanden.
 Vollständig neues Programm!
 Trotzdem kein Eintritt!
 Trotzdem kein Aufschlag!
Heinrich Horr u. Frau

Immer

inscrieren heißt:
Immer
 Erfolge zeitigen!

COLOSSEUM

Samstag, den 18. Januar 1930, nachmittags 3 1/2 Uhr
erste Kindermärchen-Vorstellung
Schneewittchen und die 7 Zwerge
 Ausgeführt von wirklichen Zwergen
 Eintrittspreise von 40 ¢ bis 4 25